

**Bernhard Pfitzner**

# **Sozialdemokratische Sicherheitspolitik – kriegstüchtig oder *friedenstüchtig*?**

## **Anmerkungen zum außenpolitischen Teil des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl '25**

### **Inhalt**

Vorbemerkung.....	2
Zum Aufbau des Wahlprogramms.....	3
Das Kapitel „Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende“ .....	3
Zitate und Kommentierung .....	4
Kriegstüchtigkeit .....	4
Friedenstüchtigkeit.....	6
Kurzes Resümee.....	7
Anhang 1: Auszüge aus dem Programm.....	8
Worauf es jetzt ankommt .....	8
Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende .....	8
21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.....	8
22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.....	10
23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt. ....	10
24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt. ....	10
Anhang 2: „Sicherheitspolitik der SPD“ Antrag des SPD-Unterbezirk Wiesbaden an den Parteitag am 11.1.25.....	12
Anhang 3: Übersicht über von mir erstellte Papiere/Materialzusammenstellungen.....	14
... zu Krieg, Frieden und angrenzende Themen, insbes. zum Krieg in der Ukraine .....	14
... speziell zur geplanten Raketenstationierung.....	15
... speziell zur SPD/sozialdemokratischen Sicherheitspolitik .....	15

## **Vorbemerkung**

Am 11.1.25 beschloss der Parteitag der SPD das Wahlprogramm für die Bundestagswahl am 23.2.25 (auch als „Regierungsprogramm“ bezeichnet) mit dem Titel

„MEHR FÜR DICH. BESSER FÜR DEUTSCHLAND“,

im Netz veröffentlicht unter

[https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/2025\\_SPD\\_Regierungsprogramm.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/2025_SPD_Regierungsprogramm.pdf).

Im Folgenden setze ich mich mit dem außenpolitischen Kapitel

„Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende“

dieses Wahlprogramms auseinander.

Das verstehe ich zugleich als Appell im Sinne meines Resümees:

**„Unabhängig davon, wie die Bundestagswahl ausgeht, wird es für die Friedensbewegung und für die Kräfte in der SPD, die sich dort auch intern dem Kriegsertüchtigungskurs entgegenstellen, wichtig sein, ihre Kontakte zu verstärken. Das schließt kontroverse Diskussionen nicht aus, sollte aber vom gemeinsamen Interesse an einer friedentüchtigen Sicherheitspolitik bestimmt sein.“**

Für eine solche Diskussion halte ich den Antrag des Unterbezirks Wiesbaden an den Parteitag, der von der Antragskommission zur Überweisung an den Parteivorstand empfohlen wurde und den ich im Anhang 2 dokumentiere, für einen interessanten Anknüpfungspunkt.

In diesem Sinne freue ich mich über konstruktive – gern auch kontroverse – Beiträge (bitte an meine mail-Adresse: [Bernhard.pfitzner@web.de](mailto:Bernhard.pfitzner@web.de)).

Hannover, 14.1.25

Bernhard Pfitzner

### **Nachtrag 15.1.25:**

Bei der Erstellung des Materials war mir noch nicht bekannt, dass es auf dem Parteitag eine Änderung am Entwurf des Parteivorstands (und auch an den Empfehlungen der Antragskommission) beim Thema „Stationierung von US-Mittelstreckenraketen“ gegeben hatte.

Auf S. 5 (und im Anhang 1, S.8) habe ich jetzt den beschlossenen Text und in Anmerkung 5 die ursprüngliche Formulierung dokumentiert.

## Zum Aufbau des Wahlprogramms

Das Programm ist in

- einen einleitenden Text („Worauf es jetzt ankommt“),
  - vier Kapitel
    - o „Ein neuer Aufschwung für Deutschland“
    - o „Beschäftigte und ihre Familien entlasten“
    - o „Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen“
    - o „Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende“
  - und einen abschließenden Text („Unser Versprechen“)
- gegliedert.

### **Das Kapitel „Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende“**

Das Kapitel enthält die folgenden Abschnitte:

#### **21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.**

##### Unterabschnitte

- Wir wollen mehr Investitionen in Sicherheit.
- Wir unterstützen die Ukraine.

#### **22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.**

##### Unterabschnitte

- Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion.
- Wir werden unserer Verantwortung für Europa gerecht.
- Wir stehen für eine handlungsfähige und wertebasierte EU.

#### **23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt.**

##### Unterabschnitte

- Wir wollen unsere Allianzen stärken.
- Wir setzen auf Dialog und Kooperation.
- Wir wollen Frieden im Nahen Osten.

#### **24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt.**

##### Unterabschnitte

- Wir wollen Partnerschaften für Entwicklung.
- Wir wollen strategische Partnerschaften.

## Zitate und Kommentierung

Die Ausdrücke „kriegstüchtig“ und „friedentüchtig“ tauchen in dem Entwurf des Wahlprogramms nicht auf. Gleichwohl sehe ich zwei Begründungen dafür, es unter dieser doppelten Themenstellung zu analysieren:

- Mit Boris Pistorius hat ein prominentes SPD-Mitglied, der zugleich als Verteidigungsminister eine zentrale Rolle in der Sicherheitspolitik spielt, den Ausdruck „Kriegstüchtigkeit“ in die Debatte eingeführt.<sup>1</sup>  
Wenn diese *Wortwahl* auch mittlerweile von einzelnen SPD-PolitikerInnen relativiert wurde, so betraf das doch nach meinem gegenwärtigen Kenntnisstand in keinem Fall den *Inhalt* der Aussagen von B. Pistorius.
- Ich werde im Folgenden versuchen zu verdeutlichen, dass das Wahlprogramm – wie die Politik der SPD-geführten Bundesregierung – durch den Versuch gekennzeichnet ist, sowohl Aufrüstung zu betreiben und gleichzeitig der Diplomatie einen gewissen – wenn auch eher untergeordneten – Rang zu belassen.

So unbefriedigend eine solche Politik aus Sicht der Friedensbewegung ist, hebt sie sich doch in wichtigen Punkten deutlich von Positionen der CDU/CSU/FDP/Grünen<sup>2</sup> ab.

### Kriegstüchtigkeit<sup>3</sup>

Gleich im Einleitungstext („Worauf es jetzt ankommt“) wird hervorgehoben:

„Unsere Bundeswehr haben wir mit einem **Sondervermögen** ausgestattet, damit wir unser Land gegen alle Bedrohungen von außen verteidigen können.“

Und in der Einleitung des Abschnitts 21. („Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.“) heißt es:

„Nur aus einer **Position der Stärke** heraus ist die Wahrung von Frieden möglich.“

Im ersten Unterabschnitt dieses Abschnitts („Wir wollen mehr Investitionen in Sicherheit.“) wird dann noch einmal ausführlicher auf das „Sondervermögen“ etc. eingegangen:

„Wir werden mehr Geld für unsere Sicherheit ausgeben. Das **Sondervermögen** für die Bundeswehr war ein erster wichtiger Schritt. Unsere Verteidigungsausgaben haben wir nach Jahren des Abbaus auf mehr als zwei Prozent des BIP gesteigert. Wir setzen uns daher auch zukünftig für eine nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von **mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes** ein. Die Mittel werden wir für die nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr einsetzen, damit die Soldatinnen und Soldaten ihre Aufgaben bei **Auslandseinsätzen** und in der Bündnis- und Landesverteidigung dauerhaft und voll umfänglich erfüllen können.

Mensch beachte hier das „mindestens“ vor „zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes“.

Daneben erscheint mir bemerkenswert, dass hier Aufgaben bei Auslandseinsätze **vor** denen in der Bündnis- und Landesverteidigung stehen. Denn die „Notwendigkeit“ einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben wird ja gängigerweise – auch von SPD-Seite – damit „bergründet“, dass in den letzten Jahren/Jahrzehnten angeblich die Fähigkeiten der Bundeswehr zu Landes- und

---

<sup>1</sup> s. etwa Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 171. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 5. Juni 2024, dort S. 22037

<sup>2</sup> Dabei übersehe ich nicht, dass es auch zwischen diesen Parteien (und auch jeweils innerhalb derselben) Abstufungen gibt, die aber nicht Gegenstand des vorliegenden Materials sind.

<sup>3</sup> Die Hervorhebungen in diesem und dem folgenden Abschnitt stammen von mir und stimmen nicht in jedem Fall mit denen im Entwurf überein. Zu den dortigen Hervorhebungen s. die Auszüge im Anhang.

**Sozialdemokratische Sicherheitspolitik – kriegstüchtig oder friedentüchtig?**  
**Anmerkungen zum außenpolitischen Teil des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2025**

Bündnisverteidigung wegen einer übermäßigen Orientierung auf Auslandseinsätze ungenügend berücksichtigt wurde.<sup>4</sup>

Etwas versteckt – wie es in Verlautbarungen der Bundesregierung und der SPD zu diesem Thema weitgehend üblich ist – stehen in diesem Unterabschnitt dann auch die Sätze:

„Die **Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen** im Westen Deutschlands ist eine Reaktion auf die gegenwärtige Sicherheitslage. Gleichzeitig bleiben wir der Rüstungskontrolle verpflichtet und werden konstruktive Ansätze hierzu weiterhin im NATO-Rahmen erörtern.“<sup>5</sup>

Damit aber nicht genug:

„Wegen seiner geografisch zentralen Lage in Europa soll Deutschland als **zentrale Drehscheibe für die Logistik weiter ausgebaut** werden, um schnelle und koordinierte Reaktionen **der NATO** auf sicherheitspolitische Herausforderungen in Europa zu ermöglichen.“

Schließlich enthält dieser Unterabschnitt eine Bemerkung zum Wehrdienst:

„Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage plant die SPD die Einführung eines neuen, **flexiblen Wehrdienstes**.“

Es ist wohl kein Zufall, dass der erste Unterabschnitt im **Abschnitt 22. („Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa“)** unter der Zwischenüberschrift steht:

„Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion.“

Darin heißt es dann u.a.:

---

<sup>4</sup> Im Übrigen besagt Art 87a GG:

„(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.“  
([https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_87a.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_87a.html), Hervorhebung durch mich)

Von Auslandseinsätzen ist im Grundgesetz nicht die Rede.

Allerdings heißt es in Absatz (2) desselben Artikels:

„(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.“

Wen die Frage

„Krieg, Frieden und damit Zusammenhängendes – Was steht eigentlich dazu im Grundgesetz (und was stand ursprünglich dazu drin) ?“

weitergehend interessiert, den kann ich auf ein entsprechendes Material verweisen, das unter meiner mail-Adresse von mir angefordert werden kann.

<sup>5</sup> Im ursprünglichen Entwurf des Parteivorstands stand hier:

„Die **Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen** im Westen Deutschlands bietet uns in der gegenwärtigen Sicherheitslage mehr Schutz.“

Immerhin enthält die jetzige Formulierung einen Hinweis auf Rüstungskontrolle – was allerdings nichts daran ändert, dass sich dazu in der

„Gemeinsame(n) Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland zur Stationierung weitreichender Waffensysteme in Deutschland“ v. 10.7.24

(<https://www.bundesregierung.de/re-source/blob/992814/2298462/b4eca6d3ccfd9fb1580117e1cf7910/2024-07-10-gemeinsame-erklaerung-usa-ger-nato-gipfel-barrierefrei-data.pdf?download=1>)

kein Wort findet.

„Ein sicheres Europa braucht eine gut aufgestellte **europäische Verteidigungsindustrie**, mit wettbewerbsfähigen europäischen Unternehmen, sodass wir die Beschaffung künftig deutlich stärker über den europäischen Markt abdecken können.“

### **Friedentüchtigkeit<sup>6</sup>**

So bedenklich diese Passagen aus Sicht der Friedensbewegung sind, scheint es mir doch wichtig, darüber nicht die Aussagen zu übersehen, die andere Akzente setzen als ein Großteil der PolitikerInnen aus CDU/CSU, den Grünen und der FDP:<sup>7</sup>

An mehreren Stellen wird in dem Wahlprogramm auf die Bedeutung von Diplomatie hingewiesen, so auch im einleitenden Absatz des außenpolitischen Kapitels:

„**Diplomatie**, die Suche nach gemeinsamen Interessen und darauf aufbauend Zusammenarbeit bleiben dabei für uns zentral, um internationale Konflikte und Krisen zu lösen, langfristig Frieden und Freiheit zu sichern und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.“

Bezogen auf den Krieg in der Ukraine heißt es u.a. (im Unterabschnitt „Wir unterstützen die Ukraine“):

„Denn für uns gilt, dass Deutschland und die NATO nicht selbst zur Kriegspartei werden. Darum stehen wir zur Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, den Marschflugkörper **Taurus** aus den Beständen der Bundeswehr nicht zu liefern.“<sup>8</sup>

In dem Absatz zu einer möglichen Beendigung des Krieges heißt es u.a.:

„Auch die Bemühungen aus den Ländern des Globalen Südens zu Beendigung des Krieges bewerten wir im Kern positiv. Diplomatie und Dialog bleiben für uns zentrale Instrumente, um internationale Konflikte zu lösen. ... Unser langfristiges Ziel ist eine funktionierende **Sicherheits- und Friedensordnung für Europa**. Für uns bietet die **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)** weiterhin eine wichtige Plattform, um integrierte Sicherheit in Europa weiterzuentwickeln.“

Zum Thema Rüstungskontrolle/Abrüstung heißt es:

„Ein imperialer Krieg in Europa durch die Atommacht Russland macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir uns auch in Zukunft intensiv für neue Ansätze glaubwürdiger **Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen** einsetzen. Eine **Welt ohne Atomwaffen** bleibt unser Ziel. Darum unterstützen wir Initiativen zum weltweiten **Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen** („No first use“). Deswegen setzen wir uns für die Beibehaltung, Erfüllung und Verlängerung des **New START-Vertrages** zur Begrenzung von strategischen Nuklearwaffen ein.“

Wichtige Anknüpfungspunkte für Diskussionen über eine friedentüchtige sozialdemokratische Sicherheitspolitik finden sich insbes. im **Abschnitt 24 („Wir kämpfen für eine gerechte Welt.“)**,

- zum einen im Unterabschnitt „Wir wollen Partnerschaften für Entwicklung“:  
„Richtschnur für die Zusammenarbeit mit globalen Partnern sind die **17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen** (Sustainable Development Goals, SDGs) und deren Weiterentwicklung, die wir aktiv mitgestalten. Wir sind davon überzeugt, dass

---

<sup>6</sup> Hier gilt dasselbe wie in Anm. 3.

<sup>7</sup> Das schließt natürlich nicht aus, dass es auch zu einigen der hier gesetzten Akzente sicherlich Diskussionsbedarf gibt.

<sup>8</sup> Ich vermag allerdings nicht einzuschätzen, ob es sich bei der Formulierung „aus den Beständen der Bundeswehr“ um eine offen gehaltene Hintertür handelt.

**Sozialdemokratische Sicherheitspolitik – kriegstüchtig oder *friedenstüchtig*?**  
**Anmerkungen zum außenpolitischen Teil des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2025**

Multilateralismus ein Grundpfeiler für Frieden und Wohlstand ist. Um die Erfolgsspur zu halten, braucht es **Reformen der multilateralen Organisationen** – auch des UN-Sicherheitsrates und seiner blockierenden Veto-Regelung. Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens müssen auf allen Ebenen besser vertreten sein.

...

Weltweit geht die **Schere zwischen Arm und Reich** weiter auseinander. Diese Abwärtsspirale gilt es zu durchbrechen: Wir werden in einer Globalen Allianz für Steuergerechtigkeit gemeinsam mit anderen Ländern die **Einführung einer Milliardärssteuer** vorantreiben. Superreiche sollen stärker für die Finanzierung des Gemeinwohls, insbesondere zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie zur Klimafinanzierung, herangezogen werden.“

- zum anderen im Unterabschnitt „Wir wollen strategische Partnerschaften.“:  
„Der **Klimawandel** macht nicht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen weltweit solidarische Initiativen für Klimaanpassung, denn es sind die ärmsten Staaten, die häufig am heftigsten betroffen und am wenigsten vorbereitet sind. Sozialdemokratische Politik schafft eine nachhaltige Entwicklungsperspektive, die Wohlstand und Schutz miteinander verbindet.

Wir wollen das Pariser Klimaabkommen umsetzen und **unseren fairen Anteil an der internationalen Klimafinanzierung** bereitstellen.“

## **Kurzes Resümee**

Unabhängig davon, wie die Bundestagswahl ausgeht, wird es für die Friedensbewegung und für die Kräfte in der SPD, die sich dort auch intern dem Kriegsertüchtigungskurs entgegenstellen, wichtig sein, ihre Kontakte zu verstärken. Das schließt kontroverse Diskussionen nicht aus, sollte aber vom gemeinsamen Interesse an einer *friedenstüchtigen* Sicherheitspolitik bestimmt sein.

## Anhang 1: Auszüge aus dem Programm

### Worauf es jetzt ankommt

...

Unsere Bundeswehr haben wir mit einem Sondervermögen ausgestattet, damit wir unser Land gegen alle Bedrohungen von außen verteidigen können.

...

### Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende

Die SPD steht für einen verantwortungsbewussten und klaren Kurs in herausfordernden Zeiten. Einfache Antworten wie die Rückbesinnung aufs Nationale oder die rücksichtslose Verfolgung kurzfristiger eigener Interessen werden unsere Sicherheit und unseren Wohlstand nicht schützen. Unser Ziel ist es, in einem starken Europa für ein verlässliches, stabiles und sicheres internationales Umfeld zu sorgen und die internationale regelgebundene Ordnung mit ihren multilateralen Institutionen zu schützen, zu reformieren und damit zu stärken. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang aus Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik. Internationale Solidarität und die universelle Geltung der Menschenrechte gehören zu den Grundpfeilern der Sozialdemokratie. Wir werden Frieden und Freiheit verteidigen. Diplomatie, die Suche nach gemeinsamen Interessen und darauf aufbauend Zusammenarbeit bleiben dabei für uns zentral, um internationale Konflikte und Krisen zu lösen, langfristig Frieden und Freiheit zu sichern und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

#### 21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.

Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Sie müssen erarbeitet, gesichert und verteidigt werden. Das hat uns der Krieg gegen die Ukraine auf schreckliche Weise gezeigt. Bereits unter Willy Brandt als Kanzler galt: Nur aus einer Position der Stärke heraus ist die Wahrung von Frieden möglich. Deshalb sind für uns militärische Stärke und Diplomatie zwei Seiten der gleichen Medaille. Unsere Antwort auf eine Welt im Umbruch ist eine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die mehr Verantwortung beim Schutz Europas übernimmt. Die Sicherheit auf unserem Kontinent müssen wir vor Russland organisieren.

#### Wir wollen mehr Investitionen in Sicherheit.

Wir werden mehr Geld für unsere Sicherheit ausgeben. Das Sondervermögen für die Bundeswehr war ein erster wichtiger Schritt. Unsere **Verteidigungsausgaben** haben wir nach Jahren des Abbaus auf mehr als zwei Prozent des BIP gesteigert. Wir setzen uns daher auch zukünftig für eine nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Die Mittel werden wir für die **nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr** einsetzen, damit die Soldatinnen und Soldaten ihre Aufgaben bei Auslandseinsätzen und in der Bündnis- und Landesverteidigung dauerhaft und voll umfänglich erfüllen können. Dies gebietet der Respekt vor den Soldatinnen und Soldaten. Es ist unser Ziel, die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiv zu machen. Dazu zählt die Vereinbarkeit von Familien und Dienst ebenso wie die weitere berufliche Perspektive im öffentlichen Dienst. Wir haben den Nationalen Veteranentag am 15. Juni eingeführt und setzen uns für den empathischen Umgang und die Verbesserung der Versorgung einsatzgeschädigter Soldatinnen und Soldaten sowie ihrer Familien ein. Als SPD stehen wir für das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“.

Die NATO ist ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für die europäische Sicherheit unverzichtbar. Gleichzeitig müssen wir damit rechnen, dass Washington nicht mehr die Hauptlast für den Schutz Europas tragen wird. Die Entscheidungen, das neue

**Sozialdemokratische Sicherheitspolitik – kriegstüchtig oder friedentüchtig?**  
**Anmerkungen zum außenpolitischen Teil des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2025**

Ostseekommando in Rostock durch die Deutsche Marine einzurichten, neue europäische Abstands Waffen (European Long-Range Strike Approach, ELSA) zusammen mit unseren europäischen Verbündeten zu entwickeln und die europäische Luftverteidigungsinitiative Sky Shield (European SkyShieldInitiative, ESSI) zu starten, zeigen, dass wir bereit sind, **mehr Verantwortung bei der Bündnisverteidigung** zu übernehmen. Die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen im Westen Deutschlands ist eine Reaktion auf die gegenwärtige Sicherheitslage. Gleichzeitig bleiben wir der Rüstungskontrolle verpflichtet und werden konstruktive Ansätze hierzu weiterhin im NATO-Rahmen erörtern. Wegen seiner geografisch zentralen Lage in Europa soll **Deutschland als zentrale Drehscheibe** für die Logistik weiter ausgebaut werden, um schnelle und koordinierte Reaktionen der NATO auf sicherheitspolitische Herausforderungen in Europa zu ermöglichen. Mit der **Brigade Litauen** werden wir erstmals deutsche Truppen dauerhaft im Ausland stationieren. Damit zeigen wir unseren Alliierten an der Ostflanke der NATO, dass sie sich auf uns verlassen können. Ihren Aufbau und ihre Aufstellung werden wir in Bezug auf Ausstattung, Finanzierung und Personalbedarf vorrangig unterstützen.

Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage plant die SPD die Einführung eines neuen, **flexiblen Wehrdienstes**. Der neue Wehrdienst soll auf Freiwilligkeit basieren und sich dabei am Bedarf der Bundeswehr orientieren. Es müssen zügig die Grundlagen für eine Wehrerfassung geschaffen werden. Der neue Wehrdienst dient zentral dem Aufbau einer durchhaltetfähigen Reserve.

Wir unterstützen die Ukraine.

Die SPD bekennt sich klar zur diplomatischen, militärischen, finanziellen und humanitären **Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer** in ihrem Kampf gegen die völkerrechtswidrige russische Aggression – so lange wie nötig. Wir unterstützen die bilaterale Sicherheitsvereinbarung Deutschlands mit der Ukraine ausdrücklich. Die Ukraine muss mögliche Verhandlungen auf Augenhöhe mit Russland führen können. Einen russischen Diktatfrieden zulasten der Ukraine werden wir nicht akzeptieren. Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer hinweg darf es nicht geben. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine müssen gewahrt bleiben. Zur Verteidigung der Ukraine und zur Sicherung des Friedens in Europa unterstützt die SPD die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte und die Lieferung von Waffen und Ausrüstung mit Besonnenheit und Augenmaß. Denn für uns gilt, dass Deutschland und die NATO nicht selbst zur Kriegspartei werden. Darum stehen wir zur Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, den Marschflugkörper Taurus aus den Beständen der Bundeswehr nicht zu liefern.

...

Wir begrüßen ausdrücklich **Friedensinitiativen**, wie sie vom ukrainischen Präsidenten Selenskyj angestoßen wurden. Auch die Bemühungen aus den Ländern des Globalen Südens zu Beendigung des Kriegs bewerten wir im Kern positiv. Diplomatie und Dialog bleiben für uns zentrale Instrumente, um internationale Konflikte zu lösen. Diese Initiativen erhöhen den Druck auf Putin und halten das Völkerrecht hoch. Es müssen alle Möglichkeiten für einen gerechten und dauerhaften Frieden ausgelotet werden. Die Souveränität der Ukraine und ihr legitimes Sicherheitsinteresse müssen in Verhandlungen dauerhaft garantiert werden. Deutschland muss bereit sein, eine konstruktive Rolle bei der Vermittlung und Umsetzung einzunehmen. Unser langfristiges Ziel ist eine funktionierende **Sicherheits- und Friedensordnung für Europa**. Für uns bietet die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiterhin eine wichtige Plattform, um integrierte Sicherheit in Europa weiterzuentwickeln.

Ein imperialer Krieg in Europa durch die Atommacht Russland macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir uns auch in Zukunft intensiv für neue Ansätze glaubwürdiger **Rüstungskontrolle**

**und Abrüstungsinitiativen** einsetzen. Eine Welt ohne Atomwaffen bleibt unser Ziel. Darum unterstützen wir Initiativen zum weltweiten Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen („No first use“). Deswegen setzen wir uns für die Beibehaltung, Erfüllung und Verlängerung des New START-Vertrages zur Begrenzung von strategischen Nuklearwaffen ein.

#### 22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.

...

##### Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion.

Wir werden den europäischen Pfeiler in der NATO stärken, indem wir Investitionen abgestimmt tätigen und unsere Streitkräfte partnerschaftlich organisieren. Dadurch schaffen wir wichtige Synergieeffekte, indem wir die langfristige Integration europäischer Streitkräfte fördern. Dafür setzen wir auf verstärkte Kooperation der EU-Mitgliedstaaten, etwa bei gemeinsamer Beschaffung von Ausrüstung und Gerät, bei gemeinsamen Manövern, standardisierten Ausbildungskonzepten sowie der schrittweisen Integration nationaler Einheiten in multinationale Strukturen.

Ein sicheres Europa braucht eine gut aufgestellte **europäische Verteidigungsindustrie**, mit wettbewerbsfähigen europäischen Unternehmen, sodass wir die Beschaffung künftig deutlich stärker über den europäischen Markt abdecken können. Aufbauend auf die deutsch-französische Kooperation für Panzer und Kampflugzeuge der Zukunft wollen wir europäische Innovationen in der Verteidigungsindustrie weiter fördern. Dafür setzen wir noch stärker als bislang auf europäische Instrumente wie die Europäische Verteidigungsagentur und gemeinsame Rüstungsprojekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO).

Wir setzen uns für eine gemeinsame und koordinierte **europäische Rüstungsexportpolitik** ein. Dabei ist uns wichtig, dass sich eine solche Politik an gemeinsamen Werten und strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in falsche Hände geraten.

...

#### 23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt.

...

##### 24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt.

...

##### Wir wollen Partnerschaften für Entwicklung.

...

Richtschnur für die Zusammenarbeit mit globalen Partnern sind die **17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen** (Sustainable Development Goals, SDGs) und deren Weiterentwicklung, die wir aktiv mitgestalten. Wir sind davon überzeugt, dass Multilateralismus ein Grundpfeiler für Frieden und Wohlstand ist. Um die Erfolgsspur zu halten, braucht es **Reformen der multilateralen Organisationen** – auch des UN-Sicherheitsrates und seiner blockierenden Veto-Regelung. Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens müssen auf allen Ebenen besser vertreten sein. Mit Brasilien, Indien und Japan treiben wir im Bemühen um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat unsere gemeinsame G4-Initiative voran.

...

Weltweit geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Diese Abwärtsspirale gilt es zu durchbrechen: Wir werden in einer Globalen Allianz für Steuergerechtigkeit gemeinsam mit anderen Ländern die **Einführung einer Milliardensteuer** vorantreiben. Superreiche

**Sozialdemokratische Sicherheitspolitik – kriegstüchtig oder *friedenstüchtig*?**  
**Anmerkungen zum außenpolitischen Teil des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2025**

sollen stärker für die Finanzierung des Gemeinwohls, insbesondere zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie zur Klimafinanzierung, herangezogen werden.

...

Wir wollen strategische Partnerschaften.

...

Der Klimawandel macht nicht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen weltweit solidarische Initiativen für Klimaanpassung, denn es sind die ärmsten Staaten, die häufig am heftigsten betroffen und am wenigsten vorbereitet sind. Sozialdemokratische Politik schafft eine nachhaltige Entwicklungsperspektive, die Wohlstand und Schutz miteinander verbindet.

Wir wollen das Pariser Klimaabkommen umsetzen und unseren fairen Anteil an der **internationalen Klimafinanzierung** bereitstellen. Für die finanziellen Herausforderungen der globalen Klima-Transformation setzen wir auch verstärkt auf die Mobilisierung von privaten Mitteln. Es gilt, die sozial-ökologische Transformation umzusetzen und dabei die Bedürfnisse unserer Partner nach verlässlichen Kooperationen für ihre wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Dazu dienen beispielsweise die Just Energy Transition Partnerships (JETPs) sowie die Klima- und Entwicklungspartnerschaften mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es geht um ganzheitliche Ansätze, bei denen die betroffenen Menschen und Regionen im Zentrum stehen. Dafür werden wir noch stärker Gewerkschaften und Zivilgesellschaft mit einbeziehen. Für ein Vorgehen bei den Transformationsaufgaben sind wir aber auf **internationale Vertrauensnetzwerke** wie den internationalen Klimaclub angewiesen, der bereits wichtige Impulse für die Zusammenarbeit gesetzt hat. Wir wollen weitere Formate initiieren und unterstützen.

## **Anhang 2: „Sicherheitspolitik der SPD“**

### **Antrag des SPD-Unterbezirk Wiesbaden an den Parteitag am 11.1.25**

Quelle: Antragsbuch zum außerordentlichen Bundesparteitag 2025 am 11. Januar 2025, Berlin ([https://parteitag.spd.de/fileadmin/parteitag/Dokumente/Antraege\\_2025/ao-BPT25\\_Antragsbuch.pdf](https://parteitag.spd.de/fileadmin/parteitag/Dokumente/Antraege_2025/ao-BPT25_Antragsbuch.pdf)), dort S. 152 f

Empfehlung Antragskommission: Überweisung an SPD-Parteivorstand

1. Die SPD stellt sich den neuen Herausforderungen der Sicherheit Deutschlands und Europas. Diese sind ernst und müssen in der Gesellschaft breit diskutiert werden, weil sie für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung sind. Es betrifft unsere Fähigkeiten, mit neuen Verhältnissen und Bedrohungen umzugehen, sowie die Verantwortung, Antworten zu finden, die die Bedrohungen vermindern und die Sicherheit stärken. Dabei darf äußere Sicherheit nicht auf Kosten der inneren Sicherheit oder der sozialen Sicherheit gehen.
2. Die Stationierung neuer U.S. Mittelstreckenraketen sollte vermieden werden, da diese Systeme strategische Ziele in Russland in extrem kurzer Zeit und ohne Vorwarnung treffen könnten, was das Risiko eines nuklearen Fehlalarms erhöht und die strategische Stabilität zwischen den USA und Russland massiv untergraben würde. Der bilaterale Ansatz zwischen Deutschland und den USA berücksichtigt keine Rüstungskontrollmaßnahmen, die solche Eskalationsrisiken eindämmen könnten. Auch ist unklar, wie die Vorstellungen der neuen Trump-Administration zur Sicherheit in Europa aussehen. Ein neuer Rüstungskontrollvertrag, der eine Begrenzung und Inspektion der neuen Systeme ermöglicht, wäre daher notwendig, um eine destabilisierende Wirkung zu vermeiden und die Sicherheit in Europa langfristig zu stärken. Ebenso ist die aktuelle Diskussion über eine Erstschlagsfähigkeit, die in der Bundeswehr begonnen hat, abzulehnen. Darüber hinaus muss die deutsche Bevölkerung informiert werden, und es sollte eine transparente politische Debatte geführt werden.
3. Wir werden die Ukraine gegen die anhaltende russische Aggression weiter unterstützen und gleichzeitig im ukrainischen wie im europäischen Interesse darauf drängen, die Kämpfe einzustellen und schrittweise Bedingungen zu schaffen, die der Ukraine erlauben, mit europäischer Hilfe ihr Land wieder aufzubauen und in Sicherheit zu leben. Dazu gehört auch die unveränderte Unterstützung der Menschen, die aus der Ukraine zu uns geflohen sind und nicht in ihr Heimatland zurückkehren können oder wollen.
4. Deutschland muss seine Außenpolitik im Nahen Osten neu ausrichten und den Fokus klar auf humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention legen, anstatt sich in militärische Konflikte hineinziehen zu lassen. Es ist an der Zeit, zur bewährten Prinzipienpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzukehren und konsequent auf Waffenlieferungen in Krisengebiete zu verzichten. Dies würde nicht nur der historischen Verantwortung Deutschlands entsprechen, sondern auch den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung respektieren, die sich gegen eine militärische Führungsrolle in internationalen Konflikten ausspricht. Stattdessen sollte Deutschland seine Anstrengungen darauf konzentrieren, den Menschen vor Ort durch den Aufbau von Infrastruktur, medizinische Versorgung und Bildungsprojekte sowie durch Friedensförderungsinitiativen konkrete Unterstützung zu bieten. Auf diese Weise kann Deutschland als neutraler Akteur zur Stabilisierung der Region beitragen und unnötiges Leid vermeiden.

**Sozialdemokratische Sicherheitspolitik – kriegstüchtig oder *friedenstüchtig*?**  
**Anmerkungen zum außenpolitischen Teil des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2025**

5. Wir müssen unser Augenmerk weiterhin und zukünftig noch stärker auf die globalen Entwicklungen richten. Die Krisen und Konflikte betreffen uns zunehmend. Flucht und Vertreibung durch Kriege sowie Armutsmigration sind regelmäßig die Folge, ebenso der Klimawandel, der ganze Regionen unbewohnbar macht. Das Mindeste, was wir dagegen tun können, ist die ausreichende Finanzierung von humanitärer Hilfe, ziviler Krisenprävention sowie Friedensförderung durch die Bundesregierung.

## **Anhang 3: Übersicht über von mir erstellte Papiere/Materialzusammenstellungen**

### **... zu Krieg, Frieden und angrenzende Themen, insbes. zum Krieg in der Ukraine**

Die folgenden Texte/Materialien können bei mir per mail angefordert werden.

Meine mail-Adresse: [bernhard.pfitzner@web.de](mailto:bernhard.pfitzner@web.de) .

Viele der Texte enthalten web-Links zu weiterführenden Texten/Materialien.

Manches überschneidet sich natürlich, und manche Materialien sind irgendwann „stecken geblieben“.

<b>Titel</b>	<b>Stand</b>	<b>Umfang</b>
Basisinformationen zu Bundeswehr und NATO	24.5.19	8 S.
Dokumentensammlung zur KSZE/OSZE/...	15.9.19	52 S.
Zeittafel zur KSZE/OSZE/...	15.9.19	5 S.
Übersicht über Dokumente, Links etc. zu Friedens- / Sicherheits- / Menschenrechtspolitik	19.2.22	17 S.
Basisinformationen zu (Gewerkschaften in) Russland, der Ukraine und weiteren osteuropäischen Ländern	6.4.22	34 S.
Basisinformationen zu Gewerkschaften in Russland / Ukraine / Weißrussland / Republik Moldau	23.4.22	24 S.
Basisinformationen zu Gewerkschaften in der Ukraine	9.5.22	10 S.
Zeittafel Russland (ab 1985)	20.6.22	8 S.
Materialien zum 22. DGB-Bundeskongress (8.-12.5.2022) Themen: Internationales / insbes. Ukraine	2.7.22	26 S.
Zeittafel zum Thema Europäische Sicherheit	3.7.22	18 S.
Materialien zur Sicherheitspolitik (insbes. Europa)	7.7.22	21 S.
Zeittafel zum Thema Abrüstung/Rüstungskontrolle	12.7.22	12 S.
Kann es Positionen geben, auf die sich BefürworterInnen und GegnerInnen/KritikerInnen von - Waffenlieferungen an die Ukraine, - Sanktionen gegen Russland (soweit sie denn an einer Verständigung überhaupt interessiert sind) verständigen können?	27.7.22	5 S.
Redekonzept für einen Wortbeitrag zum 1.9.2022 in Barsinghausen	31.8.22	4 S.
Konzept für einen Input bei der Klausur des Bremer Friedensforums am 3.10.2022	30.9.22	5 S.
Krieg, Frieden und damit Zusammenhängendes – Was steht eigentlich dazu im Grundgesetz (und was stand ursprünglich dazu drin)?	16.11.22	20 S.

**Sozialdemokratische Sicherheitspolitik – kriegstüchtig oder *friedenstüchtig*?**  
**Anmerkungen zum außenpolitischen Teil des SPD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2025**

Dokumente des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zu Krieg, Frieden und damit zusammenhängenden Themen	2.2.23	25 S.
Die „Zeitenwende“ – Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik	9.2.23	10 S.
Dokumentenanhang zum Referat: „Die ‚Zeitenwende‘ – Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik“	15.2.23	28 S.
Der Krieg in der Ukraine und die UNO	14.3.23	59 S.
Ver.di-Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung	5.10.23	19 S.
Basisinformationen zur NATO	11.10.23	33 S.

**... speziell zur geplanten Raketenstationierung**

Titel	Stand	Umfang
Stimmen aus der Friedensbewegung zur geplanten „Stationierung weitreichender Waffensysteme in Deutschland“	3.9.24	19 S.
Stimmen aus der SPD zur geplanten Stationierung „weitreichender Waffensysteme“ in Deutschland	10.9.24	23 S.
Übersicht über Hintergrundmaterialien zur geplanten „Stationierung weitreichender Waffensysteme“ in Deutschland	24.9.24	9 S.

**... speziell zur SPD/sozialdemokratischen Sicherheitspolitik**

Titel	Stand	Umfang
Die SPD und die „Zeitenwende“ Anmerkungen eines friedensbewegten links-sozialdemokratischen Realos zum Positionspapier „Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch“ der Kommission Internationale Politik der SPD	24.4.23	42 S.
Zitate von Helmut Schmidt (nebst einer Gebrauchsanweisung für einige aktuelle SPD-SpitzenpolitikerInnen) <sup>9</sup>	10.10.23	11 S.
Materialien zur Friedens-/Außen-/Sicherheits-/Europapolitik der SPD (1921 <sup>10</sup> – 2023)	16.10.23	72 S.
Stimmen aus der SPD zur geplanten Stationierung „weitreichender Waffensysteme“ in Deutschland	10.9.24	23 S.

<sup>9</sup> zusammen mit Klaus Pape

<sup>10</sup> Die Jahreszahl 1921 ist kein Versehen: Tatsächlich handelt es sich um Dokumente aus gut 100 Jahren Programmgeschichte.